

## **Offener Brief zur Aufhebung des Betätigungsverbotes der PKK und Streichung von der EU-Terrorliste: „Ein Richtungswechsel der Politik gegenüber den Kurden ist überfällig!“**

Die Forderung ist aktuell wie nie. Das Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK und ihre Listung auf der EU-Terrorliste muss aufgehoben werden. Das Verbot bedeutet seit 21 Jahren Kriminalisierung und Stigmatisierung von KurdInnen in Deutschland. Zehntausende vor allem kurdisch stämmige Bürgerinnen und Bürger werden in ihren Grundrechten auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Pressefreiheit beschnitten. Verfahren, Hausdurchsuchungen und Auswirkungen auf Aufenthalts- und Asylverfahren sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Angesichts der Entwicklungen im Mittleren Osten, insbesondere der andauernden Friedensverhandlungen in der Türkei und dem Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung in Westkurdistan/Nordsyrien, ist eine solche Politik konterproduktiv. Der Kampf der Volksverteidigungskräfte und Frauenverteidigungskräfte in Westkurdistan und Südkurdistan/Nordirak gegen die Eroberungs- und Vernichtungszüge des Islamischen Staats (IS), müssen ausschlaggebend für einen Richtungswechsel der bundesdeutschen und europäischen Politik gegenüber der PKK sein.

Ausgehend des Kampfes der KurdInnen um Selbstbestimmung und Überwindung der kolonialen Unterdrückung, ist die PKK zu einer Stimme der Vielfalt der Völker im Mittleren Osten geworden. Es wurde ein Prozess der demokratischen Autonomie begonnen, der das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ins 21. Jahrhundert trägt. Armenier, Assyrer, Eziden, Aleviten, Kassiten, Abchasen, Lasen, Georgen, Roma und viele weitere kulturell und religiöse Identitäten organisieren sich in den Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung, initiiert von der kurdischen Freiheitsbewegung, in West- und Nordkurdistan selbst. Sie antworten damit auf eine diskriminierende, undemokratische staatliche Politik, die kulturelle, geistige, sprachliche Vielfalt und Selbstbestimmung behindert und unterdrückt.

Als Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. betonen wir insbesondere die voranschreitende Frauenbefreiung und geschlechtliche Selbstbestimmung, die insbesondere in Rojava/Westkurdistan erreicht werden konnte. Die Frauenbewegung unter der Dachorganisation der Gemeinschaft der Frauen Kurdistans (KJK) ist organisierte Kraft der Frauen zur Überwindung sexistischer Denkweisen und Gesellschaftsstrukturen. Hunderttausende Frauen im Mittleren Osten sind eingebunden in eine Suche nach einem freien Zusammenleben, der Entwicklung einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft.

Die Verweigerung der europäischen Staaten bei der Aufklärung der Morde an den drei kurdischen AktivistInnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Seylemez am 9. Januar 2013 in Paris, macht ihre Haltung gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung besonders deutlich und ist nicht länger akzeptabel. Die Verantwortlichen dieser Verbrechen müssen ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir unterstützen die Initiative der Fraktion DIE LINKE, das seit 21 Jahren bestehende PKK-Verbot am Donnerstag 26. Februar endlich von neuem im Deutschen Bundestag zu thematisieren. Wir rufen alle demokratischen Kräfte und insbesondere Frauenorganisationen dazu auf, die Forderung „Aufhebung des Betätigungsverbotes für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK und die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste“ auf vielfältige Art und Weise zu unterstützen. Unterstützen Sie diese Forderungen mit Ihrer Unterschrift.

Beteiligen Sie sich an den internationalen Aufrufen und Petitionen, die die Aufhebung des PKK-Verbotes fordern.

Der Antrag der LINKEN „Aufhebung des Betätigungsverbots für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK und Streichung der PKK von der EU-Terrorliste“:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/035/1803575.pdf>

Beteiligt euch laut und vielfältig an den außerparlamentarischen Aktionen, mit denen für einen längst fälligen Richtungswechsel in der bundesdeutschen Politik gegenüber den Kurden geworben werden und organisiert ähnliche Veranstaltungen und Aktionen in anderen Städten:

**21. Februar: Demonstrationen „PKK-Verbot aufheben! Kobanê und Rojava verteidigen!“**

- in Berlin 14 Uhr Auftaktkundgebung auf dem Potsdamer Platz, anschließend Demonstration zum Brandenburger Tor
- in Köln 13 Uhr Auftaktkundgebung auf dem Rudolfplatz, 14 Uhr Demonstration zum Hauptbahnhof

**26. Februar: Kundgebung während der Debatte zum Antrag der LINKEN**

- in Berlin, um 16 Uhr vor dem Reichstagsgebäude

**Wir fordern:**

- Beendigung der Kriminalisierung und Stigmatisierung von KurdInnen in der BRD und Europa
- Beendigung der Repressionen gegen kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen
- Richtungswechsel der bundesdeutschen und europäischen Politik gegenüber den KurdInnen und der gesellschaftlichen Bewegung, deren treibende Kraft die AktivistInnen der PKK darstellen; Streichung der PKK von der Liste der terroristischen Organisationen
- Aufklärung der Morde an den drei kurdischen AktivistInnen am 9. Januar 2013 in Paris; Die Übernahme der Verantwortung für die Aufklärung des Verbrechens durch den Vorsitz des Europarates, das französische Innen- und das Justizministerium

**Ich unterstütze die oben genannten Forderungen:**

**Name:**

\_\_\_\_\_

**Adresse:**

\_\_\_\_\_

**Beruf / Organisation:**

\_\_\_\_\_

**Datum und Unterschrift:**

\_\_\_\_\_